


Gerangel um Geschwindigkeiten

Wolfenbüttels Landrat gibt Asse-Zeitplan bekannt, den das Bundesamt auf Nachfrage entschieden dementiert

Von Uwe Hildebrandt



Großansicht 

Wollen die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land die "Faktenerhebung" im Atommülllager Asse verzögern? Wollen sie so die kostspielige Rückholung des Atommülls verhindern? "Der Spiegel" behauptet das in seiner aktuellen Ausgabe. Wolfenbüttels Landrat Jörg Röhmann (SPD) wird darin mit den Worten zitiert: "Alles, was wir hören, ist nebulös."

Nun ist es ausgerechnet Röhmann selbst, der die Sache noch nebulöser macht: In einer Presseerklärung vom Donnerstag kündigt er als Vorsitzender der Asse-II-Begleitgruppe einen erstaunlich späten Termin für das Anbohren der ersten Kammer an. "Demnach soll den neuesten Plänen zufolge die Vorbereitung zum Anbohren der Kammer 7 Ende 2011 beendet sein", heißt es in der Pressemitteilung. Die sowieso langwierige Erkundung des Zustands der Atommüllfässer würde erst in knapp einem Jahr starten. Die Verzögerungs-These würde bestätigt.

Dabei laufen bereits seit Monaten Probebohrungen im Asse-Schacht – die "Kalterprobung". Und das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) als Asse-Betreiber bittet beim Landesumweltministerium hartnäckig um eine Genehmigung für die Anbohrung. Es muss ständig neue Nachweise erbringen, rechnet nun mit einer Genehmigung im Februar. Und so widerspricht BfS-Sprecher Werner Nording Röhmanns Verlautbarung auf Nachfrage energisch: "Wir wissen nicht, wie der Vorsitzende der Begleitgruppe zu dieser langen Zeitangabe für die Vorbereitung des Anbohrens der Kammer 7 kommt. Wir können das nicht bestätigen."

Stattdessen versichert Nording: "Wir werden mit dem Anbohren beginnen, sobald die Genehmigung vorliegt und die Auflagen erfüllt sind, die mit der Genehmigung verbunden sind." Die möglichen Auflagen des Landes würden nach BfS-Einschätzung keine Verzögerung von vielen Monaten bedeuten.

Dem Wolfenbütteler Landrat ist bekannt, dass das BfS schneller anbohren möchte, als er es verkündet hat. Warum er trotzdem einen anderen Zeitplan bekannt gab, blieb gestern unklar; Röhmann war nicht erreichbar. Der Asse-II-Begleitgruppe, für die er spricht, gehört aber auch das BfS an. Genauso wie weitere, in Sachen Asse wichtige Akteure: Betroffene Kommunen, Bundes- und Landesministerien, Experten sowie Bürgerinitiativen und Umweltverbände. Die Begleitgruppe ist eine Art Bürgerbeteiligung zur Schließung des Atommülllagers.

Wer in dieser illustren Runde welche Interessen vertritt, ist nicht immer klar. Möglichkeiten, das Verfahren zu verzögern, gäbe es unzählige. Dafür sorgte das Bundesumweltministerium mit einer wichtigen Weichenstellung. Anders, als vom BfS gewünscht, entschied es sich gegen ein Verfahren zur Gefahrenabwehr.

Stattdessen läuft die Erkundung in dem einsturzgefährdeten Bergwerk nun nach dem viel aufwändigeren Atomrecht. Das bedeutet konkret: Das BfS reichte allein für die geplante Anbohrung bereits 700 Seiten ein, trotzdem warf das Landesumweltministerium bei der letzten Antragskonferenz noch rund 30 offene Fragen auf. Das Verfahren ist bereits Monate im Verzug. Und genau so muss jeder weitere

Verfahrensschritt einzeln durchgeboxt werden: Das Öffnen der Kammern, die probeweise Bergung von Atommüll ...

Nachdem dem Landesumweltministerium ein zu laxer Umgang mit dem vorherigen Asse-Betreiber vorgeworfen wurde, prüft es jetzt möglicherweise besonders streng. Ausgerechnet Nording, dessen BfS davon betroffen ist, sagt entschuldigend: "Sowas wurde ja noch nie gemacht, das passiert alles unter den Augen der Weltöffentlichkeit."

Der Ablauf aber zeigt zumindest: Wie schnell die Faktenerhebung in der Asse erfolgt, liegt keineswegs allein in den Händen des BfS – Röhmanns Zeitplan kann also durchaus noch Wirklichkeit werden.

Freitag, 28.01.2011